Piratenpartei Deutschland | Pflugstraße 9a | 10115 Berlin

PIRATENPARTEI
Deutschland

BWE Landesgeschäftsstelle
Hopfenstr. 29
24103 Kiel

Ihre Wahlprüfsteine zur Europawahl 2019

10.05.2019

Sehr geehrte Frau Knudsen,

hier unsere Antworten zu Ihren Fragen im Rahmen der Europawahl 2019:

1. Durch welche konkreten Schritte werden Sie dafür sorgen, dass sich der Anteil an Erneuerbaren Energiequellen auf 100 Prozent erhöht und welche Rolle spielt die Windenergie in Schleswig-Holstein dabei?

Wir PIRATEN fordern einen stark beschleunigten europaweiten Ausbau der erneuerbaren Energien. Insbesondere die Sonnenenergie muss in wesentlich stärkerem Maße zur Strom- und Wärmeerzeugung genutzt werden. Der Ausbau muss dabei immer umweltschonend erfolgen. Die Erzeugung und Nutzung von Biomasse darf nicht in Konkurrenz zu Nahrungsmitteln stehen oder die Biodiversität verringern.

Ebenso setzen wir uns für eine dezentrale Erzeugung und Versorgung in der Europäischen Union mit vielen mittelgroßen und kleinen bis hin zu kleinsten Energieversorgern ein. Dies ermöglicht den stark beschleunigten Ausbau der Erneuerbaren Energien und erhöht die Versorgungssicherheit. Energienetze sollen weitgehend in öffentlicher Hand sein, um einen Markt mit nur wenigen Anbietern zu verhindern und die Wahlmöglichkeiten der Verbraucher zu vergrößern. Auch ein freier Handel von - auch von Bürgern - selbsterzeugtem Strom und selbsterzeugter Wärme muss möglich sein.

Öffentliche Subventionen zum Beispiel in Form einer sogenannten Sicherheitsbereitschaft für die fossile und nukleare Strom- und Wärmegewinnung laufen dem von uns angestrebten Wandel hin zu einer zukunftsfähigen, klimafreundlichen und möglichst autarken Energieversorgung in Europa zuwider. Wir fordern deshalb die Abschaffung jeglicher Subventionen und Beihilfen für fossile und atomare Energieträger. Dazu zählen insbesondere auch indirekte

Bundesgeschäftsstelle der Piratenpartei Deutschland
Telefon:
+49 30 2757 2040
Telefax:
+49 30 6098 9751 7

Bankverbindung:
GLS Gemeinschaftsbank eG
IBAN DE36430609677006027900
BIC GENODEM1GLS

Beihilfen in Form von gesetzlichen Haftungsfreistellungen für Atomkraftwerke. Neben den direkten Subventionen stellt auch das Abwälzen von Kosten (z.B. für Erschließung und Rückbau von Kraftwerken, Bergschäden, Schadstoffemissionen, Grundwasserhaltung und –entnahme, Steuerbefreiungen) auf die Gesellschaft eine versteckte Subvention dar. Ein schneller Wandel ist nur möglich, wenn die Verursacher der gesellschaftlichen Kosten und Risiken auch den wahren Preis für ihr Handeln zahlen. Deshalb müssen auch Brennstoffe entsprechend ihrer gesellschaftlichen Kosten (z.B. für den CO2-Ausstoß) besteuert und sowohl der Emissionshandel als auch die EU-Energiesteuerrichtlinie überarbeitet werden.

Windenergie kann dort zum Einsatz kommen, wo dies konfliktfrei sowohl für Mensch wie Tier möglich ist. Dazu muss jede Gemeinde ja oder nein zum Bau von Windkraftanlagen sagen können. Durch Bürgerentscheid sollen die Bürger auch selbst abstimmen können. Es gibt genügend geeignete Flächen für Windparks in Schleswig-Holstein, so dass der Wille der Bürger vor Ort berücksichtigt werden kann. Die PIRATEN Schleswig-Holstein hatten im Landtag einen Gesetzentwurf vorgelegt, nach dem bei der Planung neuer Windkraftanlagen ablehnende oder befürwortende Bürgerentscheide oder Gemeinderatsbeschlüsse verbindlich zu berücksichtigen sein sollten. CDU, SPD, Grüne und SSW haben diesem Gesetzentwurf nicht zugestimmt - doch wir bleiben bei unserer Forderung. Außerdem wollen die PIRATEN Schleswig-Holstein, dass alle Genehmigungsanträge für den Bau von Windkraftanlagen samt Standort und Verfahrensstand fortlaufend im Internet veröffentlicht werden und die Öffentlichkeit Gelegenheit zur Stellungnahme erhält. Windkraftanlagen dürfen keine gesundheitsschädlichen Auswirkungen auf die Bevölkerung und Fauna haben. Das Land soll Lärmprognosen die aktuellen Empfehlungen des zuständigen Normierungsgremiums ("Interimsverfahren") zugrunde legen, um der systematischen Unterschätzung des von hohen Anlagen ausgehenden Lärms ein Ende zu setzen und für ausreichende Abstände zu sorgen.

Bürgerwindparks sollten aus unserer Sicht Vorrang vor Projekten der Industrie haben. Es sollten zu aller erst diejenigen von den Vorteilen profitieren, in deren Nachbarschaft die Windräder stehen. Nur so bleibt die Windenergie eine faire Energie.

2. Welche Möglichkeiten ergeben sich daraus für die Windenergie in Schleswig-Holstein und wie werden Sie diese unterstützen? Ist es Ihr Ziel, aus EU-Förderprogrammen zusätzliche Investitionen für Schleswig-Holstein zu mobilisieren?

Regenerative Energien sind davon gekennzeichnet, dass sie nicht nur dann Strom erzeugen, wenn dieser auch sofort verbraucht werden kann. Dies gilt auch für Windenergie. Daher ist der Ausbau von Stromspeicherkapazitäten wichtig und muss europaweit gefördert werden. Hierauf kann sich auch ein Förderprogramm für Schleswig-Holstein beziehen. Mit dem durch Speicherkapazitäten wesentlich geringerem Bedarf an Stromleitungen sind auch diese wesentlich weniger auszubauen notwendig.

3. Welche Auswirkungen hat eine CO2-arme Wirtschaft ihrer Meinung nach auf den ländlichen Raum in Schleswig-Holstein?

Der Verkehr und die Wärmeerzeugung mit fossilen Brennstoffen haben den weitaus größten Anteil an den CO2-Emissionen in Deutschland. Daher muss der Wechsel zur Elektromobilität und der verstärkte Einsatz von Technologien zur Wärmeerzeugung mit Erneuerbaren Energien - zum Beispiel durch Wärmepumpen und Solarthermie - vorrangig genutzt werden. Durch eine wesentlich schnellere Umstellung auf 100% erneuerbare Energien wird der Klimawandel am wirksamsten bekämpft. Damit würde Deutschland auch seine Verpflichtung aus dem Pariser Klimaschutzabkommen erfüllen.

PIRATENPARTEI
Deutschland

Hier kann bspw. der ländliche Raum mit einer Anbindung an Elektromobilität und einem Ausbau der genannten regenerativen Energieerzeugung eine wichtige Vorreiterrolle spielen und somit auch zur eigenen Attraktivität neben den großen Städten im Land beitragen.

4. Geht für Sie dieser Gedanke einher mit einem weiteren Ausbau der Windenergie in Schleswig-Holstein?

Wo dieser wie oben angesprochen konfliktfrei für Mensch und Tier möglich ist, ja. Dies sehen wir im Sinne der Forderung nach Solidarität als unumgänglich an.

5. Wie bewerten Sie die Rolle des AdR in der europäischen Energiepolitik und welche Unterstützungsmöglichkeiten wünschen sie sich bei der Durchsetzung ihrer Energie- und Klimapolitik von den Schleswig-Holsteinischen Vertretern des AdR?

Hier ist zuerst etwas zum AdR (Ausschuss der Regionen) an sich zu sagen. Wir bemängeln, dass dessen Mitglieder sich nicht jeglicher Fraktion in den Ausschüssen anschließen können, wie bspw. die Grüne/EFA. Weiterhin wollen wir, dass er sich aus demokratisch gewählten Bürgern zusammensetzt und nicht nur aus gewählten Vertretern von Behörden oder wie in Deutschland nahezu ausschließlich aus Parlamentariern auf Landesebene. Dass es somit wie im Fall der Vertreterin Schleswig-Holsteins mit Regina Poersch eine Landtagsabgeordnete ist, sehen wir als generelles Problem. Hier kann es leicht zu Interessenkonflikten kommen, NGO-Belange sind überhaupt nicht abgebildet.

Nichts desto trotz wünschen wir natürlich ein Eintreten für die von uns oben genannten Ziele.

Für weitere Fragen stehen wir gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen
Thomas Ganskow Bundeskoordinator Wahlprüfsteine

Deses Schreiben ist maschinell erstellt und trägt keine Unterschrift.